

Datenschutzinformationen der Vergabe- und Beschaffungsstelle der Hochschule für Technik Stuttgart

Die Vergabe- und Beschaffungsstelle der Hochschule für Technik Stuttgart (HFT) verarbeitet im Rahmen der Vergabe öffentlicher Aufträge neben unternehmensbezogenen auch personenbezogene Daten. Mit diesen Datenschutzinformationen möchten wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und Ihre dazugehörigen Rechte informieren.

1. Verantwortliche Stelle

Verantwortlich im datenschutzrechtlichen Sinne ist die:

Hochschule für Technik Stuttgart
vertreten durch die Rektorin Prof. Dr. Katja Rade
Schellingstrasse 24
70174 Stuttgart
+49 (0)711/8926-0
info@hft-stuttgart.de

2. Datenschutzbeauftragter

Als Datenschutzbeauftragter ist benannt:

Maximilian Musch – Deutsche Datenschutzkanzlei
Telefon: +49 (0)7542 949 2102
datenschutz@hft-stuttgart.de

3. Beschreibung der Verarbeitung, Zwecke und Rechtsgrundlagen

Die Vergabe- und Beschaffungsstelle der HFT hat bei der Vergabe öffentlicher Aufträge das Vergaberecht zu beachten. Dazu gehören insbesondere das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), die Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV), die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) sowie die Landeshaushaltsordnung (LHO). Exemplarisch seien hier die §§ 9 bis 12 VgV und 7 UVgO genannt.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten dient somit der Durchführung des Vergabe-/Beschaffungsverfahrens und erfolgt im Rahmen der Vertragsanbahnung/-durchführung mit dem Betroffenen (Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO), der Erfüllung von rechtlichen Pflichten (Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO) sowie im Rahmen der Wahrnehmung der öffentlichen Aufgabe der Hochschule für Technik Stuttgart (Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO i.V.m. § 4 LDSG). Ihre Daten werden im Rahmen des Vergabe- und Beschaffungsverfahrens dokumentiert und der Vergabe- und Beschaffungsakte beigelegt.

4. Folgen der Nichtbereitstellung von Daten

Ohne die Daten sowie die erforderlichen Auskünfte kann ggf. keine Beauftragung bzw. kein Zuschlag erteilt werden, da abgegebene Angebote, Informationen etc. unvollständig und damit auszuschließen sind.

5. Art der Daten und Datenkategorien

Wir erheben, verarbeiten und nutzen die Daten, die Sie uns im Rahmen des Beschaffungs-Vergabeverfahrens zur Verfügung stellen. Das sind insbesondere:

- Persönliche Kontaktdaten und Namen von Bietern, potenziellen Lieferanten, Dienstleistern etc., soweit es sich um natürliche Personen oder Personengesellschaften handelt, und Kontaktdaten von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern (z.B. Vor- und Nachname, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer),
- Daten zur Qualifikation/Eignung eingesetzter Beschäftigter, Personen
- Bank-/Kontodaten, Umsatzsteuer-ID-Nr. (bspw. bei Einzelunternehmen, Personengesellschaften etc.)
- Referenzen über in der Vergangenheit ausgeführte vergleichbaren Leistungen.

Eine Datenerhebung darüber hinaus erfolgt nur, sofern wir dazu rechtlich verpflichtet sind oder Sie eingewilligt haben.

6. Empfänger von Daten

Alle personenbezogenen Daten, die im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen verarbeitet werden, werden nur dann weitergegeben, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben.

Folgende Weitergaben und Übermittlungen können, aufgrund der gesetzlich zulässigen bzw. vorgegebenen Rahmenbedingungen erfolgen:

- Unterrichtung der Bewerber und Bieter über die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes sowie den Namen des erfolgreichen Bieters gemäß § 62 Abs. 2 VgV; § 46 Abs.1 UVgO .
- Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bei einer Auftragssumme ab 30 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) muss der öffentliche Auftraggeber für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister einholen.
- Bei Beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb und Freihändigen Vergaben (Verhandlungsvergaben ohne Teilnahmewettbewerb) ab einem Auftragswert von 25 000 Euro wird für die Dauer von drei Monaten über jeden vergebenen Auftrag auf unserer Internetseite informiert. Diese Information enthält zumindest auch den Namen

des beauftragten Unternehmens, welches einen Personenbezug aufweisen kann.

- Die Stelle zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen (Vergabekammer).
- Gerichte im Falle von Klagen.

Eine Weitergabe von personenbezogenen Daten erfolgt somit ausschließlich zu Zwecken der Erfüllung gesetzlicher Vorgaben, nach denen wir zur Auskunft, Meldung oder Weitergabe von Daten verpflichtet sind oder die Datenweitergabe im öffentlichen Interesse liegt.

Als Auftragsverarbeiter für die Bereitstellung und Nutzung wird die Vergabeplattform Cosinex der Cosinex GmbH (Gesundheitscampus-Süd 31, 44801 Bochum) genutzt.

Eine Datenübermittlung an Stellen in Staaten außerhalb der Europäischen Union (EU) bzw. des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) (sogenannte Drittländer) findet nicht statt.

7. Wie lange werden personenbezogene Daten verarbeitet?

Für die Verarbeitung und Speicherung der personenbezogenen Daten gelten die landesrechtlichen Aufbewahrungsfristen für Vergabeunterlagen (siehe Anlage 7 zu VV Nr. 19.3 zu §§ 70 bis 79 LHO); die Vergaberechtlichen Aufbewahrungsfristen § 8 Abs. 4 VgV, §6 Abs. 2 UVgO; beziehungsweise bei Drittmittelfinanzierungen ggf. davon abweichende Vorgaben der Mittelgeber.

8. Automatisierte Entscheidungsfindung

Wir setzen keine rein automatisierten Entscheidungsverfahren gemäß Art. 22 DSGVO ein.

9. Betroffenenrechte

Unter bestimmten Voraussetzungen können Sie uns gegenüber Ihre Datenschutzrechte geltend machen. Ihre Anträge über die Ausübung Ihrer Rechte sollten nach Möglichkeit schriftlich oder per E-Mail an die oben angegebene Anschrift oder direkt schriftlich oder per E-Mail an unseren Datenschutzbeauftragten adressiert werden.

Recht auf Auskunft

Es besteht ein Recht auf Auskunft der von der Vergabe- und Beschaffungsstelle verarbeiteten personenbezogenen Daten.

Recht auf Berichtigung

Es besteht ein Recht auf Berichtigung, sofern die personenbezogenen Daten der betroffenen Person nicht (mehr) zutreffend sind. Bei unvollständigen Daten kann – unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung - eine Vervollständigung verlangt werden.

Recht auf Löschung

Die betroffene Person kann die Löschung ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Der

Anspruch hängt jedoch davon ab, ob die Daten noch zur Erfüllung der Aufgaben benötigt werden bzw. gesetzliche Aufbewahrungsfristen bestehen, die einer Löschung entgegenstehen.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Die betroffene Person hat das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen. Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

Recht auf Datenübertragbarkeit

Die betroffene Person hat das Recht, die Bereitstellung der über sie verarbeiteten personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format/Verfahren zu verlangen und auch deren Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu fordern.

Recht auf Widerspruch

Soweit die personenbezogenen Daten der Betroffenen auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO verarbeitet werden, hat die betroffene Person das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der sie betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht. Ebenso kann entgegenstehen, wenn die Verarbeitung für die Durchführung des Vergabeverfahrens oder die Abwicklung des Vertrages weiterhin erforderlich ist.

Der Widerspruch ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Person der Vergabe- und Beschaffungsstelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

Recht auf Widerruf

Jede betroffene Person hat das Recht, sofern personenbezogene Daten auf der Grundlage einer Einwilligung verarbeitet werden, diese Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt von dem Widerruf unberührt.

Der Widerruf ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Person der Vergabe- und Beschaffungsstelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

Recht auf Beschwerde

Jede betroffene Person kann sich unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe mit einer Beschwerde an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit wenden, wenn sie der Auffassung ist, dass die Auskunft gebende Stelle ihren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen ist.

Für die Hochschule zuständig ist der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Baden-Württemberg.

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg
Postfach 10 29 32
70173 Stuttgart
Tel.: 0711/615541-0
E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de